

Freie Software im Vormarsch in Lateinamerika

7. Juni 2004

Rechtlicher Hinweis

Dieser Beitrag ist lizenziert unter der Creative Commons License.

Zusammenfassung

In Lateinamerika bewegt sich in Sachen freier Software seit einigen Jahren vieles. Schon lange vor Dr. Vilanuevas berühmten Brief an den damaligen Geschäftsführer der peruanischen Microsoft-Zweigstelle wurde freie Software im brasilianischen Staat Rio Grande do Sul ganz groß geschrieben. Der peruanische Gesetzesentwurf stammte nicht mal aus Peru, sondern aus Argentinien, wo eine Gruppe interessierter Personen den Text in einer mailling-List ("proposicion", <http://www.proposicion.org.ar>) und ganz nach der "Bazaar-Entwicklungsmethode 'zusammengehackt'" haben, und zwar für das Projekt des argentinischen Abgeordneten Dragan. Seitdem sind Gesetzesentwürfe nach dem "proposicion-Vorbild in vielen Ländern Lateinamerikas in der Diskussion - dies gilt auch für andere Kontinente. Selbst in Europa hat die "FLOSS-Studie" der Universität Maastricht diesen Text für die EU-Mitgliedsstaaten als Vorbild empfohlen.

Bedenkt man, daß lateinamerikanische Länder vorwiegend zu den Armen der Welt zählen, so ist es besonders bemerkenswert, daß die treibende Kraft hinter dieser ganzen Bewegung nicht der vermutlich "geringere Preis" der freien Software ist, sondern die Freiheit selbst. Natürlich spielt z.B. in Uruguay die Tatsache, daß man nicht unbedingt anderthalb Rinder exportieren muß, ehe man einen einzigen Computer mit Textverarbeitung und Tabellenkalkulation austatten kann, eine wichtige Rolle. Aber kein Mensch macht sich hier vor, freie Software wäre umsonst. Aus unserer jungen Geschichte, und gar aus unserem Alltag wissen wir, daß Freiheit selten billig zu erkaufen ist.

Derzeit gibt es viele internationale Initiativen, um armen Ländern das Überbrücken der "digitalen Kluft" zu erleichtern. Milliarden werden investiert, um möglichst vielen Leuten aus aller Welt den Zugriff auf digitale Technologien zu ermöglichen. Schaut man sich diese Initiativen aber etwas genauer an, dann wird sehr schnell klar, daß es sich um schlecht getarnte Markteroberungsstrategien handelt, die Nationen streng in Konsumenten und Erzeuger trennt: die Konsumenten sollen Zugriff auf Inhalte haben können, denn sonst kann man ihnen keine verkaufen. Dieser Zugriff soll aber möglichst so geschaffen sein, daß er in der Kontrolle der Erzeuger bleibt, damit die Konsumenten nie ihre eigenen Technologien entwickeln. Gerade diese ewige Abhängigkeit zu brechen ist das große Versprechen der freien Software für die Armen der Welt: mit freier Software können wir uns die Technologie aneignen, sie an unsere Bedürfnisse anpassen, Technologie warten, verbessern, und Neue erzeugen. Mit freier Software können wir sicher sein, daß unser Kulturgut auf dem Weg ins Digitale nicht verlorengeht, das Gedächtnis unserer Gesellschaft uns nicht weggenommen werden kann, und daß unsere Werkzeuge tatsächlich uns gehören und gehorchen, nicht irgendwelchen transnationalen Korporationen.

In allen Ländern Lateinamerikas gibt es heute Initiativen für die Verbreitung und Entwicklung freier Software. Manche dieser Initiativen werden von gemeinnützigen Vereinen und andere privaten Organisationen getragen, andere werden vom Staat selbst gefördert, andere bekommen Aufschub aus internationalen Organisationen wie UNESCO. Zusammengenommen, sie lassen auf eine glänzende Zukunft für freie Software in Lateinamerika blicken, die hoffentlich einen Beitrag zur Erleichterung der sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Umständen der Region leisten wird.

Der Weg, wie üblich wenn Freiheit und Unabhängigkeit am Spiel sind, wird nicht einfach sein, und es ist mit vielen Stolpersteinen zu rechnen. Aber die beste Autobahn der Welt nützt nichts, wenn sie nicht zum Ziel führt.

Zusammenfassung

In ganz Lateinamerika wird freie Software immer größer geschrieben. Obwohl diese Länder zu den Armen der Welt gehören, steht nicht die Kostenfrage im Vordergrund, sondern vielmehr die der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit im Informationszeitalter. In allen Ländern Lateinamerikas gibt es Initiativen für die Verbreitung freier Software, sowohl seitens der Bürger, wie auch der Länder und internationalen Organisationen wie UNESCO.

1 Lateinamerika und freie Software

Die Rolle Lateinamerikas in Sachen freier Software ist, aus rein technischer Sicht, eher bescheiden. Natürlich haben wir auch unsere Stars, wie z.B. Miguel de Icaza, Marcelo Tosatti, César Brod und andere, die blendende Beispiele dafür liefern, daß technische Brillanz überall auf der Welt vorhanden ist, ebenso wie viel weniger bekannte Hacker, die aus Lateinamerika zu freien Projekten beitragen oder sie pflegen. Dennoch ist der Anteil lateinamerikanischer Entwickler in der Gemeinschaft nicht groß genug, um in der FLOSS-Studie <<http://www.infonomics.nl/FLOSS/report/>> der Universität von Maastricht erkennbar zu sein. Leider lässt die Methodologie dieser Studie keine Ursachen dafür erahnen, warum das so ist, oder wie die gleichen Daten aussehen würden, zöge man die Entwickler-Gesamtbevölkerungszahlen der Kontinente in Betracht. Auf jedem Fall dürfen wir uns von davon nicht täuschen lassen: die Freie-Software-Bewegung ist in Lateinamerika sehr stark und lebhaft. Ein deutliches Zeichen dieser Lebhaftigkeit sind die politischen Schlagzeilen, für die Lateinamerika in der Freie-Software-Szene in den letzten Jahren gesorgt hat.

Obwohl der Einsatz freier Software weltweit zunimmt, niemand kann ernsthaft behaupten, Lateinamerika spiele dabei eine Vorreiterrolle. Die zentralen Länder, die Informationstechnologie intensiv einsetzen und auch gut verstehen, sind uns auch im Einsatz freier Software fast immer voraus. Dennoch sind lateinamerikanische Länder oft mit kontrovertierten Mitteilungen und Entscheidungen zugunsten der freien Software in den Technologienachrichten. Wenn in Lateinamerika über freie Software geredet wird, dann dreht es sich dabei meistens nicht darum, ob Programm X schneller/besser/bunter/billiger ist als sein proprietäres Gegenstück, sondern gleich um umfassende politische Entscheidungen, die offensichtlich nicht mit technischen Argumenten allein gerechtfertigt werden können.

Nehmen wir zum Beispiel die Entscheidung der brasilianischen Regierung, Freie Software in der Öffentlichen Verwaltung vorzuziehen <<http://www.iti.br/twiki/pub/Main/PressRelease2003Oct02B/PlanejamentoSW.pdf>>, oder die vielen dort kursierenden Gesetzesentwürfe, die den Einsatz freier Software in der öffentlichen Verwaltung vorschreiben sollen. Natürlich kann heute kein Mensch ernsthaft daran zweifeln, daß der Einsatz freier Software sinnvoll ist, auch im öffentlichen Bereich. Doch für solch breite und weitreichende Entscheidungen wie die mittelfristige Zielsetzung, den Großteil der EDV der gesamten öffentlichen Verwaltung auf freie Software umzustellen, sind technische bzw. ökonomische Argumente ganz offensichtlich nicht ausreichend. Entweder haben diese Leute nicht zu Ende gedacht, oder es ist hier etwas mehr als nur pragmatisches TCO-Denken am Spiel.

Tatsächlich sind bei solche Entscheidungen politische Überlegungen oft wichtiger als technische, und es wird auch kein Hehl daraus gemacht. Vor fünf Jahren betrachtete man noch solche ideologischen "Denkweisen als Irrwege, denn Ideologien seien letztendlich tot. Selbst in der internationalen Gemeinschaft um freie Software, insbesondere in der open source-Sippe, werden diese Initiativen noch immer gleichgültig empfangen. In Lateinamerika dagegen genießen sie eine breite Unterstützung. Manch Einer mag die Ursache für dafür in der "temperamentvollen Natur" der Lateinamerikaner sehen, aber das ist nicht die einzige, nicht einmal die wahrscheinlichste Erklärung. Es gibt in der Idee der freien Software einfach etwas, daß mit der lateinamerikanischen Kultur in Resonanz kommt. Etwas, das es vermag, Menschen zu rühren, introvertierte Hacker zur politischen Tat zu bewegen, und technologiefremden Politikern Einsicht in ein für sie sonst unverständliches Feld zu ermöglichen.

Die Vermutung liegt nahe, daß dieses gewisse Etwas "ganz einfach "Geld" heißt. Geld ist für lateinamerikanische Länder nicht gerade Nebensache. Die meisten von ihnen stecken tief in Schulden, von denen nicht einmal die Zinsen realistisch bezahlbar sind. Obwohl einige dieser Länder eine gewisse industrielle Entwicklung erreicht haben, sind ihre Hauptprodukte noch immer Rohstoffe und Lebensmittel, sogenannte "commodities", die auf dem Internationalen Markt immer geringere Gewinnmargen bieten. Dieser Hintergrund spricht von einer dringenden Notwendigkeit, eine positive Handelsbilanz zu erreichen, zu der die Kosten importierter "Lizenzen nicht gerade beitragen. Da muß z.B. Uruguay fast zwei ganze Rinder züchten, füttern, schlachten und exportieren, um die Ausstattung eines einzigen Rechners mit Textverarbeitungssoftware auszugleichen. Mexiko und Venezuela müssen dafür ca. 30 Ölfässer exportieren, Argentinien über drei Tonnen Soja, Chile 500 Pfund hochgradigen Kupfer, Brasilien und Kolumbien sind mit 1000 Pfund Kaffee dran, und so weiter.

Es darf also niemanden wundern, wenn Menschen in diesen Ländern sich darüber Gedanken machen, wie dieser Aderlass zu stoppen ist. Ein möglicher Weg daraus ist der von Kuba. In UNESCOs Erster Freie Software-Konferenz für Lateinamerika und die Karibik (LACFREE) <<http://www.lacfree.org>> erzählte uns Gerardo García, aus dem kubanischen Ministerium für Wissenschaft, Technik und Umwelt, daß man auf der Insel der Meinung ist, daß wenn die USA ihnen keine Software verkaufen will, dann ist auch keine Zahlung

fällig. Dementsprechend ist nicht lizenzierte Software in Kuba sogar offiziell die Norm. Andere Länder, für die noch kein Embargo der USA wirksam ist, haben es zwar schwerer, den Einsatz unlizenzierter Software zu rechtfertigen, das hindert sie aber nicht daran, Lizenzen für nur einen Bruchteil der tatsächlich verwendeten Kopien zu bezahlen. Aus rein pragmatischer Sicht kann das Kostenproblem also auf sehr einfacher Weise gemindert werden: man bezahlt gerade genug, um die BSA zu besänftigen, der Großteil der Kopien bleibt aber unlizenziert. Da braucht man doch auf proprietäre Software nicht zu verzichten.

Woher kommt dann der Wille, sich offen und nachhaltig für freie Software zu entscheiden, und damit möglicherweise den Zorn der Microsofts und Oracles der Welt auf sich zu ziehen? Vielleicht kann das besser erklärt werden, wenn wir erkennen, daß die Geldflucht einfach eine leichter abzulesende Anzeige für ein tiefer liegendes Problem ist. Nach dieser Theorie fließt das Geld deshalb ins Ausland, weil wir nicht in der Lage sind, zu entscheiden, sie nicht auszugeben. Wir sind abhängig geworden, und wie jeder Junkie können wir es auch nicht verhindern, weiter Geld in genau dem auszugeben, das uns zerstört. Das scheint mehr im Einklang mit den Tatsachen zu sein, als ein rein monetärer Ansatz. Ein Blick in die Geschichte dieser Bewegung kann bestimmt einen besseren Einblick gewähren.

2 Der Staat muß nur freie Software einsetzen!

Ein gemeinsamer Nenner bei den oben zitierten Nachrichten ist der vorzügliche bzw. vorgeschriebene Einsatz von freier Software in der öffentlichen Verwaltung. Tatsächlich gibt es eine große Bewegung in diese Richtung in ganz Lateinamerika, oder genau genommen eigentlich zwei parallele und eng miteinander verknüpfte Bewegungen: eine davon umfaßt fast alle spanischsprachigen Länder, die andere ist in Brasilien angesiedelt. Das ist kein für Lateinamerika unübliches Muster: mit 40% der Fläche und beinahe einem Drittel der Bevölkerung ist Brasilien bei weitem das größte Land der Region, und hat damit genug "Masse", um selbst so viele Leute wie alle anderen Länder zusammen beizutragen. Beide Bewegungen unterscheiden sich hauptsächlich in deren Ursprung, und in den letzten Jahren sind sie zusammengewachsen, insbesondere durch sehr enge persönliche Verbindungen zwischen ihren Teilnehmern.

2.1 Brasilien und die PT

In Brasilien, wie überall anders auf der Welt auch, kommen Entwickler freier Software aus allen politischen Richtungen. Der große Schub für den Einsatz von freier Software, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, kam dort aber eindeutig aus der Partido dos Trabalhadores (PT) <<http://www.pt.org.br/>> (auf deutsch: Arbeiterpartei"). Die Unterstützung der freien Software durch die PT wurde erst im Staat Rio Grande do Sul <http://en.wikipedia.org/wiki/Rio_Grande_do_Sul> deutlich, als Olívio Dutra die Gouverneurwahl gewann. Kurz darauf wurde das von Staat geförderte Projekt SSoftware Livre - RS" <<http://psl-rs.softwarelivre.org/projeto>> angekündigt. Das Projekt setzte sich "die Förderung der Benutzung und Entwicklung freier Software als ökonomische und technologische Alternative als Ziel, und hatte sehr gute Verbindungen zur Gemeinschaft, sowie zu Universitäten und Unternehmen. Seit dem Jahr 2000 organisiert das PSL-RS das Internationale Forum der Freien Software <<http://www.softwarelivre.org/forum2004/>> in Porto Alegre, das sich mit über 4.000 Besucher im letzten Jahr als wichtigste Veranstaltung um dieses Thema in der Region profiliert hat.

Die politische Unterstützung der PT nahm ganz konkrete Formen an: Marcelo D'Elia Branco, ein Gewerkschafter mit engen Verbindungen zur freien Software, wurde in den Vorstand der PROCERGS <<http://www.procergs.com.br/>> gesetzt, ein vom Staat betriebenes Datenverarbeitungsunternehmen. In dieser Zeit entwickelte PROCERGS unter anderem Direto GNU <<ftp://ftp.michelazzo.com.br/programas/linux/diretognu/>> , ein freies Groupware-Programm, das dann in der Verwaltung von Porto Alegre als Standard eingesetzt wurde. Während der Eröffnung des dritten Forums in Porto Alegre, erklärte Gouverneur Dutra den Anwesenden, daß "geschlossene Software mit der Demokratie inkompatibel ist". <<http://www.softwarelivre.org/news/385>> BANRISUL <<http://www.banrisul.com.br/>> , mit über 300 Filialen die Größte Bank im Süden Brasiliens, basierte sein Kassenautomaten-System auf GNU/Linux <http://www.linux.org/people/banrisul_english.html> , und machte dies seinen Kunden auch durch ein Relief-Tux im Bildschirmhintergrund ersichtlich. Aus den Universitäten entstanden Programme wie SAGU <<http://sagu.codigolive.org.br/>> für ihre eigene interne Verwaltung und GNUTeca <<http://gnuteca.codigolive.org.br/>> für Bibliotheken.

So effektiv sich diese Unterstützung erwies, so war sie leider auch an die Regierung gebunden. Ende 2002 verlor die PT die Wahlen in Río Grande do Sul, und es war vorauszusehen, daß die neue Regierung der freien Software nicht so freundlich gegenüber stehen würde. Als Versuch, der neuen Regierung den Umschwung zu erschweren, verabschiedete das Parlament in Dezember 2002 ein Gesetz <<http://www.softwarelivre.org/news/669>>, das die öffentliche Verwaltung dazu verpflichtete, freie Software vorzuziehen. Als die Regierung dann wechselte, geschah alles wie erwartet: Branco wurde aus dem Vorstand der PROCERGS entfernt, ersetzt durch einen Microsoft-Vertreter. Dem Gesetz ging es auch nicht besser: es wurde nach kurzer Zeit für grundgesetzeswidrig erklärt <<http://psl-rs.softwarelivre.org/news/2022>>. Nicht alles kehrte aber zum Alten zurück: in mehreren <http://www.campinas.sp.gov.br/portal_2003_sites/dom/pdf/2001/dezembro_2001/dom_2812.pdf> Stadtregierungen <http://www.conei.sp.gov.br/software_livre_recife.htm> des Staates <<http://www.proposicion.org.ar/doc/referencias/ley-bonuma.html>> sind noch Gesetze in Kraft, die der freien Software Priorität einräumen. In den Universitäten hat sich an der Vorliebe für freie Software nichts geändert, die Kassenautomaten der BANRISUL arbeiten noch immer auf GNU/Linux, und Direto GNU ist auch nicht tot zu kriegen, obwohl PROCERGS, in einem etwas undurchsichtigen Vorfall, die Web-Präsenz des Projektes verschwinden ließ.

Gleichzeitig mit der Wahniederlage in Río Grande do Sul, erzielte die PT aber einen Wahlsieg auf nationaler Ebene. Die neue brasilianische Regierung kündigte kurz danach an, daß sie auf freie Software setzen würde, und so entstand das Projekt SSoftware Livre - BR" <<http://www.softwarelivre.org/>>, das die selben Ziele wie das PSL-RS hat, nur auf nationaler Ebene, und außerdem verschiedene Unterprojekte unterstützt. Aufbauend auf der Erfahrung in Río Grande do Sul, PSL-BR steht im gleichen Rahmen wie das Programm "Null Hunger" der PT-Regierung, und wird als strategisches Werkzeug für die Überbrückung der "digitalen Kluft" sowie für die Förderung und Entwicklung des lokalen IT-Bereichs angesehen. In diesem Sinne spielt Brasilien eine sehr wichtige Rolle z.B. bei dem Weltgipfel der Informationsgesellschaft <<http://www.itu.int/ws/sis/>>, in der es sich unter Anderem erfolgreich dagegen gewehrt hat, daß die dort verabschiedeten Dokumente Erweiterungen der Patent- und Urheberrechte befürworten.

Die brasilianische Erfahrung zeigt eindeutig, daß die Fähigkeit, politische Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, beim Einsatz freier Software, wie bei jedem anderen Informatik-Projekt auch, ein großer Erfolgsfaktor ist. Der Rückschlag in Río Grande do Sul zeigt wiederum, daß solche Entscheidungen kurzlebig sein können, wenn kein breiter, parteiübergreifender Konsens vorhanden ist. Einige brasilianische Aktivisten finden es sogar ungünstig, daß die PT sich die freie Software parteiisch so stark angeeignet hat. Manche, weil sie eben anderen Parteien (oder gar keiner) angehören, andere, weil die Identifizierung der freien Software mit den "Linken" automatisch einen unnötigen Widerstand seitens der "Rechten" mit sich bringt.

2.2 Grundlagenarbeit in Argentinien

Fast zeitgleich mit der Gründung des PSL-RS in Río Grande do Sul veröffentlichte Roberto Di Cosmo sein äusserst frustriertes und wütendes Text "Piège dans le Cyberspace" <<http://www.pps.jussieu.fr/~dicosmo/Piege/PiegeFR.html>> (auf deutsch, "Falle im Cyberspace" <<http://www.pps.jussieu.fr/~dicosmo/Piege/PiegeDE.html>>). Dieser Text, der in einer für Laien verständlichen Sprache erklärt, wie proprietäre Software zur Falle wird, erzielte eine sehr große Verbreitung, und bewegte sogar zwei Gruppen französischer Gesetzgeber dazu, jeweils ein Gesetz zu entwerfen, nach denen die öffentliche Verwaltung freie Software vorzuziehen hatte. Interessant ist die Tatsache, daß beide Projekte im Grunde dasselbe verlangen, obwohl ihre Urheber politische Gegner sind: die eine Gruppe kommt aus der sozialistischen <<http://www.assemblee-nat.fr/propositions/pion2437.asp>> Ecke, während die Andere eher zu der konservativen <<http://www.senat.fr/leg/pp199-117.html>> Ecke neigt.

Unter Robertos Lesern war eine Gruppe von Hackern aus einer Provinzstadt Argentinien, die sich mit dem Text sehr identifiziert fühlten und sich wunderten, ob solch ein Gesetz auch in Argentinien möglich wäre. Die Motivation dazu war vor allem das Geld: unserer Ansicht nach was es bei der Auslandsverschuldung des Landes nicht einzusehen, Geld für Lizenzen ins Ausland zu schicken. Außerdem waren Lizenzverträge, bei denen große Summen ausgegeben werden aber nichts Greifbares bleibt, ein gefundenes Fressen für korrupte Politiker und Beamte. Die Gruppe taufte sich selbst "proposición" <<http://www.proposicion.org.ar>> ("Vorschlag"), und daraus entstanden zwei Dokumente, "La Encrucijada Digital" <<http://proposicion.org.ar/doc/encrucijada.html>> (Die digitale Abzweigung), und "Razones por las que el Estado debe usar software Libre" <<http://proposicion.org.ar/doc/razones.html>> (Gründe, warum der Staat freie Software benutzen muß), das Ergebnis von über einem Jahr wöchentlichen Treffen in einem Pizza-Restaurant.

Leider war es uns noch nicht gelungen, mit echten Gesetzgebern über das Thema zu sprechen. Der Durchbruch kam auf typisch lateinamerikanische Weise: per Zufall, und über Bekannten. Einer der Gruppenteilnehmer sprach einmal über freie Software mit einem Geschäftspartner, der ein paar Wochen später beim Essen mit einem Freund, der wiederum mit einem Abgeordneten befreundet war und ihn mitgebracht hatte, die Sache zufällig erwähnte. Es handelte sich um den Abgeordneten Dragan, der ein paar Monaten davor ein Projekt <<http://proposicion.org.ar/proyecto/leyes/5613-D-00/>> entworfen hatte, das als Ziel hatte, freie Software in der öffentlichen Verwaltung vorzuziehen. Die frohe Überraschung wurde leider gedämpft durch die Tatsache, daß Dragans Entwurf, wenngleich gut gemeint, verschiedene technische Unstimmigkeiten aufwies, die zu falschen Interpretationen führen konnten. Um dies zu lösen, erklärte sich Dragans Team bereit, zusammen mit der "proposición" Gruppe den Text zu verbessern. Besser noch, sie beauftragten uns, die Diskussion um den neuen Text öffentlich über unsere Mailing-Liste zu führen. Damit andere auch ihren Senf dazu geben konnten, kündigten wir die Diskussion in Barrapunto <<http://barrapunto.com/softlibre/01/04/13/2025255.shtml>> und in Slashdot <<http://slashdot.org/article.pl?sid=01/04/28/010216>> an. Die Resonanz war überwältigend: die Mitgliedschaft in der Liste stieg innerhalb einer Woche von vier Personen auf ca. Zweihundert. Die Diskussion war lebhaft und produktiv, die Ergebnisse wurden dann mit Dragans Team diskutiert und in den Text integriert. So entstanden verschiedene Ergänzungen und Berichtigungen zum ursprünglichen Vorschlag. Als dieser in Februar 2002 verjährt, stellte Dragan ein neues Projekt <<http://proposicion.org.ar/proyecto/leyes/904-D-02/>> vor, daß letztendlich von den Teilnehmern von "proposición" ganz nach open source Manier kollektiv geschrieben worden war.

2.3 Einsicht in Peru

In Dezember 2001 setzte sich Jesús Marquina-Ulloa aus der GNU Peru-Initiative <<http://www.gnu.org.pe/>> mit uns in Verbindung. Er hatte einen peruanischen Parlamentarier von den Vorzügen der freien Software überzeugt und wollte den Text, den wir gemeinschaftlich zusammengehackt hatten, als Vorlage für einen Gesetzesentwurf verwenden. Natürlich haben wir zugestimmt, und so stellte Dr. Villanueva ein Projekt <<http://www.gnu.org.pe/proley1.html>> vor, das gegenüber dem Argentinischen einen großen Vorteil hatte: Dr. Villanueva war im Parlament sehr einflussreich, und so machte das Projekt einen guten legislativen Fortschritt. So gut, eigentlich, daß es die Aufmerksamkeit der peruanischen Microsoft-Niederlassung weckte, deren Geschäftsführer erst Dr. Villanueva besuchte, und ihm dann einen Brief <http://proposicion.org.ar/doc/referencias/pimientolinux.com/alt2_ms_to_villanueva.html> zuschickte, in dem er sich gegen das Projekt aussprach. Sobald Dr. Villanueva den Brief erhielt, schickte er ihn an uns, damit wir ihm dabei helfen konnten, eine Antwort darauf zu geben. Wir verbreiteten den hauptsächlich aus FUD bestehenden Briefinhalt in der Liste, sammelten Argumente und Verweise, und erarbeiteten dann zusammen mit ihm seine inzwischen berühmte und in viele Sprachen übersetzte Antwort. <<http://www.gnu.org.pe/resmsg.html>>

Während wir an dem Text der Antwort arbeiteten, wurde uns langsam etwas deutlich, daß uns bis dahin nicht besonders aufgefallen war: die Kostenfrage war aus unserer Argumentation verschwunden. Ehrlich gesagt, war das für uns eine Überraschung. Schließlich waren viel zu hohe Kosten und Korruption am Anfang die treibenden Argumente der Initiative gewesen. Als die Diskussion aber mit der Zeit tiefer wurde, waren neue Themen aufgetaucht, die vor allem mit Sicherheit, Transparenz, informatischer Selbstbestimmung und Ähnlichem zu tun hatten. Nun versuchte der Brief von Microsoft vor allem, freie Software als nicht kostengünstig darzustellen, und unsere Reaktion darauf könnten wir mit einem Achselzucken kurzfassen. Es wurde uns dann endgültig bewußt, daß der Kernpunkt der Diskussion *nicht* an den Lizenzkosten liegt, sondern daran, ob die öffentliche Verwaltung die wertvollen Daten unserer Gesellschaft, die letztendlich unser soziales Gedächtnis bilden, sich wohl einer Gruppe von Unternehmen blind anvertrauen kann. Wir identifizierten drei Kernvoraussetzungen, die der Staat bei der Verarbeitung, Speicherung und Übertragung seiner Daten gewähren muß: Sicherheit, Nachhaltigkeit und Transparenz. Von ihnen, kann nur eine, die Nachhaltigkeit der Daten, trotz Einsatz von proprietärer Software respektiert werden, und zwar nur dann, wenn alle Daten *immer und ohne Ausnahme* in offenen Standardformate gespeichert werden, die von jedermann implementiert werden dürfen. Sicherheit und Transparenz der Verarbeitung bzw. Speicherung und Übertragung der Daten werden dagegen beim Einsatz proprietärer Software grob vernachlässigt.

Leider hat Microsoft den Briefwechsel in Peru nie fortgesetzt. Stattdessen bekam Dr. Villanueva kurz darauf einen Brief der American Chamber of Commerce Peru, der Microsofts Argumente kaum umgeschrieben wiederholte. Darauf antwortete er für parlamentarische Verhältnisse eher grob mit einem Brief, den man mit SSie

möchten bitte erst dann wieder schreiben, wenn Ihnen etwas Neues einfällt zusammenfassen könnte (beide Briefe sind noch auf der Website von GNU Peru <<http://www.gnu.org.pe/preyres.html>> verfügbar). Die American Chamber of Commerce meldete sich auch nicht wieder, was dann aber geschah, war ein Machtbeweis seitens Microsoft, den keiner von uns für möglich gehalten hätte.

Erst haben sie den amerikanischen Botschafter als Dienstboten eingesetzt, um dem Präsidenten des Kongresses die Besorgnis der USA bezüglich Dr. Villanuevas Projekt mitzuteilen, und ihm ein internes Microsoft-Memoßukommen zu lassen, wie in einem Fax <<http://www.gnu.org.pe/lobbyusa-congreso.html>> zu lesen ist. Dann haben sie den Botschafter Präsident Toledo besuchen lassen, um ihn dringend nach Redmond einzuladen. Das ereignete sich zu einer Zeit, als die Regierung Toledos wegen Korruptionsvorwürfe in große Schwierigkeiten geraten war, die den Kongress dazu veranlasste, ständig zu tagen. Dennoch ließ Toledo alles fallen, und flog zu einem Treffen mit Bill Gates. Ein paar Tage später kam er mit der Ankündigung zurück, Microsoft habe Peru fünfzig Millionen Dollar gespendet. Journalisten fanden später heraus, daß die Spende eigentlich nur fünfhunderttausend Dollar betrug, und zwar in "Geld, Software und Beratung bzgl. e-Government". Darf man sich fragen, welche Produkte diese "gespendeten" Berater wohl empfohlen haben mögen? Wie auch immer, nach Toledos Rückkehr wurde die Atmosphäre um Dr. Villanuevas Projekt zunehmend kühler, und so bleibt es trotz parteiübergreifender Unterstützung bis heute noch unverabschiedet.

2.4 Kolumbien, Costa Rica, Uruguay, Mexiko...

Durch Dr. Villanuevas Brief bekam die Initiative, dem Staat den Einsatz freier Software vorzuschreiben, eine sehr große Popularität. Die Gemeinschaften um die freie Software aus vielen Länder traten in Kontakt mit uns, um ähnliche Projekte vorzuschlagen, und jedes neue Projekt trug uns neues Wissen zu. Durch die Arbeit der Colibrí-Gemeinschaft <<http://bachue.com/colibri/>> aus Kolumbien lernten wir, zum Beispiel, daß uns eine wichtige Voraussetzung bei der Verwaltung öffentlicher Daten nicht eingefallen war: Multikulturalität. Anders als in Argentinien, wo die einheimischen Völker in der Gesellschaftsordnung gar nicht berücksichtigt werden, haben sich andere lateinamerikanische Nationen dazu verpflichtet, das Kulturgut und die Sprachen ihrer ursprünglichen Völker zu erhalten. In der Software-Welt bedeutet das, daß Programme und Dokumente auf diese Sprachen verfügbar sein müssen, auch wenn sie keine kommerzielle Bedeutung haben.

In verschiedenen Veranstaltungen und öffentlichen Debatten stellten wir fest, daß viele Leute die Grundsätze der Initiative missverstehen und glauben, ihr Ziel sei die Förderung der freien Software, und nicht die Erhaltung gewisser Bürgerrechte, die durch den Einsatz von EDV verletzt werden können, wie es wirklich der Fall ist. Wir lernten auch, daß Microsoft nicht zu denen gehört, die einfach locker lassen: als in der argentinische Provinz Buenos Aires eines unserer Projekte <<http://www.proposicion.org.ar/proyecto/leyes/E-135.02-03/>> guten Fortschritt machte, tauchte plötzlich die Argentinische Handelskammer der Software und Informatische Dienstleistungen <<http://www.cessi.org.ar>> auf mit einem Brief, der auffallend an dem der peruanischen Microsoft erinnert, <<http://proposicion.org.ar/doc/gob/Conde-281102>> und wieder haben wir diesmal Senator Conde geholfen, eine passende Antwort zu schicken.

2.5 ... and tomorrow, THE WORLD!

Durch unsere Arbeit haben wir Leute aus der ganzen Welt kennengelernt, die mit Leidenschaft hinter der Idee stehen, daß der Einsatz proprietärer Software durch den Staat unzulässig ist, und sie nach ihrem besten Können unterstützen. Auffallend dabei ist es, daß es nicht möglich zu sein scheint, diese Idee in dem üblichen politischen Spektrum zu platzieren: außer in Brasilien, wo die Unterstützung einer bestimmten Partei viel stärker ist als die der Anderen, wird sie sowohl von "Rechten" wie auch von "Linken" gleichermaßen unterstützt oder bekämpft. Inzwischen gibt es derartige Initiativen auf allen Kontinenten <<http://proposicion.org.ar/doc/referencias/#ref.#1>>, viele davon basieren auf Übersetzungen unserer Arbeit, was uns besonders Stolz macht. In Europa hat die bereits erwähnte FLOSS-Studie sogar eine auf europäische Verhältnisse angepasste Übersetzung unserer Arbeit <http://www.infonomics.nl/FLOSS/report/Final-2b.htm#_Toc14094306> als Empfehlung für alle Mitgliedsländer der Union vorgeschlagen.

Aus Brasilien wissen wir, daß eine starke Bindung zu einer bestimmten Partei schnelle Ergebnisse liefern kann, wenn diese Partei an der Macht ist, es leider aber auch für die Nachhaltigkeit dieser Ergebnisse ein Problem sein kann, wenn eine andere Partei die alte ablöst. Aus der internationalen Erfahrung wissen wir jetzt, daß eine breite, parteiübergreifende Unterstützung aufgebaut werden kann. Es ist ein langes und schwieriges Unterfangen, das in bestimmten Fällen bereits konkrete legislative Erfolge geliefert hat, und in den anderen

zumindest dazu geführt hat, daß heute Niemand mehr daran zweifelt, daß freie Software, sowohl als Produkt als auch als Philosophie, für die öffentliche Verwaltung enorme Vorteile aufweist.

3 "Libertad, Libertad, Libertad"

Das obige Bild der Bewegung für den Einsatz von freier Software im der öffentlichen Verwaltung lässt noch die Frage offen, was die Menschen dazu bringt, sich mit solcher Leidenschaft auf "fremdes Terrain" (für Hacker: Politik, für Politiker: Technologie) dafür einzusetzen. Bei all der Armut kann Geld es alleine nicht erklären. Obwohl Sparsamkeit auch in Lateinamerika zu den erstrebenswerten Tugenden gehört, es genügt ein Blick auf unsere Auslandsverschuldung um festzustellen, das es kein Maßstab ist, an den sich unsere Regierungen gehalten haben (um fair zu sein, müssen wir aber auch darauf aufmerksam machen, daß das kein rein latein-amerikanisches Laster ist). Gewiss werben Parteien und Regierungen mit ihrer Sparsamkeit, wenn sie welche vorzuweisen haben, aber damit sind keine Menschenmengen zu bewegen, und selten wurde eine Wahl mit Sparsamkeitsparolen gewonnen.

Leider können wir es auch nicht zivilem Engagement für Bürgerrechte zuschreiben, nicht bei schwindender Teilnahme an Wahlen, und insbesondere nicht in Länder, in denen jeden Tag über viel gröbere Bürgerrechtsverletzungen in den Zeitungen zu lesen ist. Freiheit und Unabhängigkeit dagegen sind bei uns emotionsgeladene Worte. Sie gehören zu den Allerersten, die lateinamerikanische Kinder in der Schule lernen. Wie es sich in ehemaligen Kolonien gehört, sind unsere Nationalfeiertage meistens mit dem Unabhängigkeitskampf und seine Kämpfern verbunden, und das Wort "Libertad" darf natürlich in keiner Nationalhymne fehlen. Unsere junge Geschichte ist vom Freiheitskampf geprägt. Was vielleicht noch bedeutender ist: unser Alltag ist von der unmissverständliche Tatsache geprägt, daß wir die ersehnte Unabhängigkeit entweder nie erreicht, oder wieder verloren haben.

All diese Überlegungen mögen weit von der Informatik entfernt klingen, vor allem wenn man glaubt, daß Technologie tatsächlich "neutral", also wertfrei, ist. Es ist zwar richtig, daß ein Programm keine Werte haben kann, dafür fehlt es ihm an freiem Willen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß ein Programm keine Werte in sich trägt. Technologie wird von Menschen eingesetzt, sie verrichtet ihre Arbeit in einem bestimmten kulturellen und sozialem Umfeld. Nehmen wir als Beispiel ein x-beliebige Betriebssystem, das sich nur zusammen mit einem bestimmten Browser samt umfangreiche Multimedia-Software installieren lässt, und deshalb nur auf Rechnern ab einer bestimmten Leistungsklasse zufriedenstellend funktioniert. Man kann die Entscheidung, die Software auf solche Art und Weise auszuliefern, ganz nüchtern als eine Marketing-Strategie betrachten, um Kunden durch erweiterte Funktionalität zu locken. Wenn man sich aber in die Schuhe eines potentiellen Benutzers versetzt, der aus verschiedenen Gründen keinen Zugriff auf Multimedia-Inhalte hat oder wünscht, oder nicht in der Lage ist, einen neuen Rechner alle zwei Jahre zu kaufen, nur damit er weiter das tun darf, was er auch mit seinem alten Computer konnte, dann wird es plötzlich klar, daß hier außer dem eigentlichen Programm auch noch eine Ideologie vorhanden ist. Technologie ist zum Vehikel für ein Wertesystem geworden, das den Benutzern aufgezwungen wird. Wenn dieses Wertesystem mit dem des sozialen Umfeldes mehr oder weniger übereinstimmt, dann fällt dies in der Regel nicht besonders auf. Je mehr diese Werte aber von denen des sozialen Umfeldes abweichen, desto stärker wird der Zwang vom Benutzer als Gewaltakt empfunden. Nicht jedem wird dieser Konflikt ganz klar bewusst: viele Menschen, die nicht einmal wissen, daß es Alternativen gibt, nehmen ihn als noch eine der vielen Unbehaglichkeiten des Lebens. Es sind aber sehr wenige, die nicht mindestens ein unbestimmtes Unbehagen spüren.

Wenn wir uns von der Illusion der Neutralität der Technologie befreien, dann wird uns klar, daß der wunde Punkt bei der proprietären Software in Lateinamerika daran liegt, daß sie uns die Fähigkeit zur Selbstbestimmung entzieht, daß sie den Versuch darstellt, uns eine Weltvorstellung aufzuzwingen, die zu unserer Realität nicht paßt. Deshalb sind auch die meisten Finanzierungsprogramme zur Überbrückung der "digitalen Kluft" um Scheitern verurteilt: weil sie sich nur auf die Universalisierung des Zugriffs auf Technologie konzentrieren, und nicht auf deren Aneignung. Es ist nicht genug, daß unsere Gesellschaft den SZugriff auf die Technologie erlangt, wenn diese uns fremd bleibt, wenn wir sie nicht an unsere Bedürfnisse anpassen können, wenn wir sie nicht selber warten, reparieren und produzieren können, wenn wir sie nicht denen zur Verfügung stellen können, die sie brauchen. Wenn das alles nicht gegeben ist, dann sind wir für immer auf die Rolle passiver Konsumenten verdammt, die weiterhin keine andere Wahl haben als wertvolle, begrenzt verfügbare natürliche Ressourcen gegen Lizenzen, sei es für Software oder für Inhalte, auszutauschen. Lizenzen, die in unbegrenzter Menge vorhanden sind, und damit grundsätzlich mit den Ressourcen nicht vergleichbar sind. Um wieder aus

unserer Geschichte zu zitieren, Gold gegen Glasperlen. Ist es ein Wunder, daß wir uns dagegen wehren?